A4 A1: GRÜN IST… KONSEQUENTER KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ!

Antragsteller*in: Stefan Rath

Text

GRÜN IST… Konsequenter Klima- und Umweltschutz!

… wie wir eine klimaneutrale und ökologische Stadt werden wollen…

Inhalt

1. Verkehrswende mit Tempo (Mobilität)
1.1 Mehr Radverkehr in der Stadt
1.2 Sauber Autofahren
1.3 Besser zu Fuß durch die Stadt
1.4 Gutes Angebot im kommunalen ÖPNV
1.5 Regionaler Verkehr

2. Energie und Klimaschutz
2.1 Raum für regenerative Energie
2.2 Energiewende vor Ort

3. Natur- und Umweltschutz
3.1 Natur und Arten schützen
3.2 Naturschutz ist Klimaschutz
3.3 Umweltschutz für jede*n

4. Tierschutz

1. Verkehrswende mit Tempo (Mobilität)

Im Frühjahr 2019 wurden die Dortmunder*innen zum dritten Mal befragt, wie sie sich hauptsächlich in der Stadt fortbewegen. Das Ergebnis ist enttäuschend: Zwar hat sich der Anteil des Radverkehrs seit der letzten Befragung 2013 erhöht, doch insgesamt hat die Nutzung der umweltfreundlichen Verkehrsarten abgenommen, während der Anteil des Autoverkehrs sogar gestiegen ist.

Wir wollen Mobilität, die sauber, sicher, energie-, ressourcen- und platzsparend ist. Dazu wollen wir die Nutzung des Autos verringern und den Verkehr auf Fahrräder, Busse und Bahnen verlagern. Außerdem müssen Autos energieeffizienter werden, um die Klimaziele zu erreichen. 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos, das heißt solche ohne Verbrennungsmotor, neu zugelassen werden. Doch es reicht nicht, Verbrennermodelle durch Autos mit alternativen Antrieben zu ersetzen, weil wir damit die Platzprobleme auf der Straße nicht lösen können. Unser Ziel ist: Weniger Autoverkehr in der Stadt – mehr Platz für die Menschen. Dazu können autofreie Quartiere beitragen, in denen nicht nur erfahrbar wird, dass Mobilität auch ohne das eigene Auto möglich, sondern auch, welcher Zugewinn an Lebensqualität im Wohnviertel damit verbunden ist.

Die autozentrierte Verkehrspolitik ist ein Relikt von gestern. Der Straßenraum muss neu aufgeteilt werden und den Fußgänger*innen, den Radfahrer*innen und dem ÖPNV den nötigen Platz einräumen.

Unser Ziel für eine neue und in der Metropole Ruhr vernetzte Mobilität ist nicht nur der notwendige Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch die Erhöhung der Lebensqualität in der Stadt.

1.1 Mehr Radverkehr in der Stadt

Der Anteil der Radfahrer*innen in unserer Stadt liegt gerade einmal bei 10 Prozent. Unser Ziel ist es, diesen Anteil zu verdreifachen und mehr Autofahrer*innen im Stadtgebiet zum Umstieg aufs Rad zu bewegen. Der Radverkehr sollte in Zukunft mindestens 30 Prozent betragen und in der Stadt- und Verkehrsplanung eine vorrangige Rolle spielen.

Grün wählen für:

Grüne Welle für den Radverkehr
Die Verkehrsplanung in Dortmund braucht einen Paradigmenwechsel. Nicht der Autoverkehr muss attraktiver gestaltet werden, sondern die umweltfreundliche Mobilität muss in Zukunft Vorfahrt haben. Eine grüne Welle für Radfahrende fördert den Radverkehr und macht ihn sicherer. Radfahrer*innenwerden hierzu beim Anfahren auf die Ampel frühzeitig erkannt und ein entsprechendes Programm zur schnellen Grünschaltung initialisiert.

Mehr Straßen zu Fahrradstraßen
Fahrradstraßen sind ein sinnvolles Mittel, um die Radinfrastruktur zu verbessern. Daher muss es deutlich mehr als die bisherigen vier in Dortmund geben. Gleichzeitig müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Einrichtung von Fahrradstraßen deutlich erleichtert werden. Der Wall muss fürs Rad in beide Richtungen komfortabel und sicher befahrbar werden. Die jetzige Ausweisung eines kurzen Stück Radwegs am Ostwall ist für uns nur ein Einstieg. Außerdem ist eine attraktive Querung der City für den Radverkehr sowohl in Ost-West- als auch Nord-Süd-Richtung einzurichten.

Gute und sichere Radanbindung der Außenbezirke
Um die Verbindung von Innenstadt und Außenbezirken für Radfahrende attraktiv zu machen und als Alternative zum Auto zu etablieren, müssen die Dortmunder Stadtteilzentren mit guten Radwegen ausgestattet und über sichere Verbindungsrouten auch untereinander verbunden werden. Dazu kann auch das regionale Radwegenetz des Regionalverbands Ruhr (RVR) dienen.

Zügige Umsetzung des RS1
Vor allem Pendler*innen soll der RS1 durchs Ruhrgebiet eine Alternative für die tägliche Fahrt zur Arbeit bieten. In Dortmund warten Fahrradfahrer*innen – und alle die es werden wollen – auf die Fertigstellung des RS1 und auf den damit verbundenen Ausbau der lokalen Zubringerstruktur. Radwege dürfen nicht mehr nur ein Nebenprodukt des Straßenbaus sein.

Sichere Radwege durch farbliche Markierungen und Protected Bike Lanes
Um den Radverkehr sicherer zu gestalten, sind an vielen Stellen ein sichtbarer Schutzraum und eine räumliche Trennung vom Pkw- und Lkw-Verkehr wichtig. Sinnvolle Instrumente sind eine farbliche Markierung der Radwege, vorgezogene Aufstellflächen und dort geschützte Radfahrstreifen, sog. Protected Bike Lanes, wo Tempo 30 nicht umsetzbar ist. Auch Vorfahrtsregelungen oder vorgezogene Grünphasen für Radfahrer*innen an Kreuzungen machen das Radfahren sicherer. Die Einrichtung von Umleitungen an Baustellen auch für den Radverkehr muss konsequent umgesetzt werden.

Ausreichend Fahrradparkhäuser und Fahrradabstellanlagen
Stadtweit müssen Fahrradabstellanlagen dem steigenden Radverkehrsanteil angepasst werden. Ihre Zahl muss deshalb in den nächsten Jahren deutlich erhöht

werden – ohne dabei den Fußgänger*innenverkehr zu behindern. Dafür brauchen wir weitere Fahrradparkhäuser und Flächen mit Ladestationen zum sicheren Abstellen auch von E-Bikes und Lastenrädern. Neben dem Bau von Fahrradgaragen in Wohngebieten wollen wir in bestehenden Autoparkhäusern solche Abstellmöglichkeiten einrichten. Wichtig dabei ist eine konfliktfreie Ein- und Ausfahrt für Radfahrer*innen.

Die Förderung der Leihinfrastruktur
Wir wollen stadtweite und regional vernetzte Sharing-Angebote für Fahrräder, Lastenräder, Elektroroller usw. Im Rahmen der Stellplatzsatzungen können fördernde Regelungen für Leihangebote verankert werden. Als weiteres Angebot zur Mikromobilität einer Großstadt gehören auch Elektroroller. Wie alle anderen Sharing-Angebote auch, benötigen sie gute Abstellmöglichkeiten, damit sie weder Fußgänger*innen noch Radfahrer*innen gefährden. Diese Möglichkeiten wollen wir in Zusammenarbeit mit den Anbietern schaffen. Carsharing soll im Rahmen von Konzeptvergaben auch beim Wohnungsbau berücksichtigt werden.

1.2 Sauber Autofahren

Der Autoverkehr nimmt immer noch einen großen Platz in Dortmund ein. Doch der Diesel-Skandal und die Diskussion über zu hohe Stickstoffdioxid-Grenzwerte in Dortmund zeigen, dass sich beim Autoverkehr in Dortmund einiges ändern muss: Für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und für das Klima. Wir wollen nachhaltige und ökologische Möglichkeiten des Autofahrens schaffen und die Nutzung effizienter gestalten. Dabei soll jedoch der Anteil des Autoverkehrs deutlich gesenkt werden, indem wir umweltfreundliche Verkehrsträger fördern.

Grün wählen für:

Die Erleichterung der Kombination verschiedener Verkehrsmittel
Mobilitätsstationen sind ein zentraler Baustein des multimodalen Verkehrs, das heißt der Nutzung verschiedener Verkehrsmittel für eine Wegstrecke. Sie ermöglichen eine sinnvolle Kombination der Verkehrsarten durch die Verknüpfung von Bussen und Bahnen mit Carsharing, Bikesharing, Taxen oder auch Elektrorollern und dem eigenen Fahrrad. Auf unseren Antrag hin wurde 2019 der Bau von 12 Mobilitätsstationen mit Ladestationen beschlossen. Wir werden uns auch weiterhin für den Ausbau dieser Knotenpunkte klimafreundlicher Verkehrsmittel einsetzen.

Tempo 30 in der ganzen Stadt
Bei Tempo 30 passieren weniger und weniger schwere Unfälle als bei Tempo 50. Der Lärm geht zurück, die Belastung der Luft mit Schadstoffen ebenfalls. Dies zeigen entsprechende Pilotversuche u. a. in Berlin. Deshalb wollen wir innerorts Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit. Über ein flächendeckendes Tempo 30 kann nur der Bund befinden, weil die Straßenverkehrsordnung Tempo 50 als Regelgeschwindigkeit innerorts festlegt. Wir setzen uns auf Bundesebene für die entsprechende Änderung der Straßenverkehrsordnung ein und wollen bis dahin alle kommunalen Spielräume für die Ausweisung von Tempo 30 nutzen.

Veränderungen beim Parkplatzangebot für Autos
Der Autoverkehr insbesondere in der Innenstadt muss weiter reduziert werden. Dafür wollen wir die Anzahl der Parkplätze weiter verringern und die Preise fürs Parken deutlich anheben. Mehreinnahmen durch höhere Parkgebühren möchten wir dabei in den Ausbau und Finanzierung des ÖPNV-Angebots investieren. Öffentlicher

Raum ist ein knappes Gut, und ein knappes Gut hat einen Wert. Seit über 20 Jahren sind die Gebühren an den Parkautomaten unverändert: Immer noch kostet die erste Stunde nur 1,50 Euro. Mit diesen Preisen werden kostbare Cityflächen unter Wert bereitgestellt. Das bietet keinerlei Anreiz zum Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel. Gleichzeitig muss zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs vor allem in den Stadtbezirken deutlich mehr Personal zur Verfügung gestellt werden. Parkmöglichkeiten sollen möglichst flächensparend (z. B. Parkhäuser) oder über Park-&-Ride-Angebote realisiert werden. Mithilfe der Digitalisierung, z. B. der Informationen zur Auslastung, kann die Nutzung verbessert werden.

Neue Anreize für eine GRÜNE Logistik
Die kontinuierliche Zunahme von Lieferverkehren führt insbesondere in dicht bebauten Innenstadtquartieren zu großen Belastungen. Lieferfahrzeuge, die in der zweiten Reihe, auf Gehwegen, auf Radwegen und in Kreuzungsbereichen parken, gefährden andere Verkehrsteilnehmende. Wir setzen uns deshalb für die Einrichtung anbieterübergreifender Mikro-Depots ein, die eine lärmarme und emissionsfreie Belieferung durch E-Autos und Lastenrädern auch zu Neben- und Nachtzeiten ermöglichen. Dafür sollen öffentliche Stellplatzflächen zu vergünstigten Mietpreisen zur Verfügung gestellt werden.

1.3 Besser zu Fuß durch die Stadt

In der Umfrage 2019 zur Verkehrsnutzung in Dortmund beträgt der Anteil des Umweltverbundes und damit der umweltfreundlichen Verkehrsarten zusammen nur 51 Prozent – und damit drei Prozentpunkte weniger als bei der letzten Befragung (53 Prozent). Der Anteil der Fußgänger*innen verringerte sich deutlich von 27 Prozent auf aktuell 19,2 Prozent. Das wollen wir ändern.
Dortmund ist seit einigen Jahren Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußgängerfreundlicher Städte und Gemeinden (AGFS). Es wird Zeit, dass die Stadt im Rahmen der notwendigen Verkehrswende auch dem Fußverkehr mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Grün wählen für:

Neuaufteilung des Straßenraums
Wir kämpfen für die Rückeroberung des Straßenraums durch Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Dafür muss der zur Verfügung stehende Straßenquerschnitt zukünftig anders verplant werden: Breite Bürgersteige, sichere Radwege, Platz für ÖPNV und Baumreihen gehören für uns ebenso dazu, wie barrierefreie und sichere Querungen (s. auch Kapitel Lebenswerte Stadt).

Barrierefreie Infrastruktur für den Fußverkehr
Der Fußverkehr muss bei der Stadtplanung als eigenständige Mobilitätsart betrachtet und berücksichtigt werden. Um das Zu-Fuß-Gehen attraktiver zu machen, müssen sinnvolle Wegenetze mit entsprechender Ausschilderung zur Verknüpfung wichtiger Ziele erarbeitet werden. Mit dem Anspruch, auch zu Fuß Ziele zügig und direkt zu erreichen, müssen Gehwege mit einer ausreichenden Mindestbreite zur Verfügung stehen, die nicht durch Verkehrsschilder, Straßenlampen oder parkende Fahrzeuge wieder zugestellt werden.
Neben den Leitsystemen für Sehbehinderte und abgesenkten Bordsteinen können zusätzliche Zebrastreifen oder Fußgängerampeln mit kurzen Wartezeiten die Situation verbessern. Auch die Zugänge zu oberirdischen Stadtbahnhaltestellen (z. B. Haltestelle Funkenburg) müssen fußgängerfreundlicher gestaltet werden.

Eine bessere Überwachung des ruhenden Verkehrs
Zukünftig kann das Parken auf Radwegen bis zu 100 Euro kosten. Doch falsch geparkte Autos behindern nicht nur Radfahrer*innen, sondern bilden insbesondere auch für Fußgänger*innen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität gefährliche Hindernisse. Um dem Falschparken auf Gehwegen und in Kreuzungsbereichen wirkungsvoll begegnen zu können, fordern wir deutlich mehr Personal für die kommunale Verkehrsüberwachung.

Ausweitung des Projekts „So läuft das“
Das Konzept zur Förderung der Kinder- und Jugendmobilität „So läuft das“ verfolgt das Ziel, die selbstbestimmte, sichere und nachhaltige Mobilität von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Die Konzepterstellung für weiterführende Schulen ist Teil des Programms „Emissionsfreie Innenstadt“. Mit einer zusätzlichen Stelle konnten wir den Ausbau des Projekts zunächst bis 2022 verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm dauerhaft und über den derzeitigen Geltungsbereich (nur innenstadtnahe Schulen und Kitas) hinaus weitergeführt und die Akzeptanz gefördert wird.

1.4 Gutes Angebot im kommunalen ÖPNV

Damit mehr Menschen Bus und Bahn nutzen, müssen die Infrastruktur und das Angebot ausgeweitet werden. Dafür braucht es insgesamt mehr Geld im System ÖPNV, aber nicht über höhere Ticketpreise. Wir wollen Autofahrer*innen vom Umstieg auf Busse und Bahnen überzeugen. Doch dafür darf die Fahrt mit dem Auto nicht der bequemste und preiswerteste Weg sein. Dafür brauchen wir ein auf Wachstum ausgerichtetes, bezahlbares ÖPNV-Angebot, eine Verringerung der Parkplätze sowie mehr Busspuren und Fahrradstreifen.
Der gültige Nahverkehrsplan, Grundlage der Dortmunder Planungen für den ÖPNV, ist aus dem Jahr 2014 und geht noch von sinkenden Einwohner*innenzahlen aus. Auch das Klimaziel von 1,5 °C ist noch nicht berücksichtigt. Wir wollen deshalb, dass der Nahverkehrsplan an die veränderten Herausforderungen angepasst wird.

Grün wählen für:

Freie Fahrt für junge Menschen
Für Schüler*innen und Azubis wollen wir die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel freigeben. So verbinden sich für uns soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und das Bedürfnis junger Menschen nach Unabhängigkeit. Darum möchten wir stufenweise allen Schüler*innen und Azubis die kostenlose Nutzung des ÖPNV ermöglichen.

Mobilitäts-Flatrate
Der ÖPNV als klimafreundliches Verkehrsmittel muss attraktiver werden. Er soll einfach und komfortabel genutzt werden können, ohne dass man sich mit Verkehrsverbundgrenzen und der Frage nach dem richtigen Ticket lange beschäftigen muss. Gleichzeitig müssen die Ticketpreise deutlich gesenkt werden. Daher wollen wir – in Abstimmung mit den Verkehrsverbänden – eine Mobilitäts-Flatrate für ganz NRW einführen: Mit dieser Mobilitäts-Flatrate möchten wir allen Dortmunder*innen für 1€ pro Tag ein attraktives Angebot machen. Gleichzeitig zur Preissenkung müssen der Ausbau des Angebots und die Steigerung der Kapazitäten vorangetrieben werden.

Ein Sozialticket, das seinen Namen verdient
Solange es keinen grundsätzlich kostenlosen Nahverkehr mit Bussen und Bahnen

gibt, sind insbesondere Menschen mit geringem Einkommen auf ein Sozialticket angewiesen, das diesen Namen auch verdient. Das aktuelle Sozialticket des VRR wird diesem Anspruch nicht gerecht, es ist mit inzwischen fast 40 Euro viel zu teuer. Immer weniger einkommensschwache und arme Menschen können sich ein Sozialticket zu diesem Preis leisten. Die Landesregierung aus CDU und FDP weigert sich beständig, die Bezuschussung von jährlich 40 Millionen Euro endlich angemessen zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land seiner Verantwortung gerecht wird und mehr Gelder zur Verfügung stellt. Sollte das absehbar nicht passieren, wollen wir gemeinsam mit DSW 21 ein Konzept entwickeln, wie mit kommunalen Mitteln der Preis des Sozialtickets so gesenkt wird, dass er höchstens dem Anteil für Verkehrsdienstleistungen im ALG-II-Regelsatz entspricht.

Den konsequenten Ausbau und eine Taktverdichtung bei Stadtbahn und Buslinien
Wir wollen eine Verbesserung bei der Taktung und den Anschlüssen von Stadtbahn, Bussen und Regionalverkehr sowie eine deutliche Kapazitätserweiterung durch zusätzliche Fahrzeuge, um ein ÖPNV-Grundangebot rund um die Uhr, auch unter der Woche, zu ermöglichen. Das Stadtbahnbaukonzept muss an die aktuelle Situation und zukünftige Entwicklungen angepasst werden. Das schließt eine sinnvolle Erweiterung des Stadtbahnnetzes und der H-Bahn ein – auch um Neubau- und Gewerbegebiete optimal anzubinden.

Vorfahrt für den ÖPNV
Damit Busse eine attraktive Alternative zum Autoverkehr werden, brauchen wir an besonders belasteten Straßen sowie an wichtigen Knotenpunkten (wie z. B. Barop-Parkhaus) separate Busspuren und Vorrangschaltungen an Ampeln. Sie stellen sicher, dass Busse und Bahnen pünktlich an- und abfahren und Anschlüsse gerade im Berufsverkehr funktionieren. Infotafeln mit Livedaten an allen Haltepunkten gehören für uns zum Standard eines kundenorientierten ÖPNV.

Barrierefreiheit bei Bussen und Bahnen
Immer noch ist rund ein Drittel der Bus- und Bahnhaltestellen nicht barrierefrei. Wir wollen eine zügige Umsetzung der bestehenden Planungen. An der B1 setzen wir uns für mehr niveaugleiche Ampelüberwege zur Stadtbahn anstelle teurer Brücken und reparaturanfälliger Aufzuglösungen ein. Unser Ziel sind kurze (Umsteige-)Wege, die die Erreichbarkeit der Haltestellen und Haltepunkte insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen verbessern. Auch für sehbehinderte Fahrgäste wollen wir die Installation von akustischen Informationsquellen (Lautsprecheransagen) an Bus- und Bahnhaltestellen, die die eintreffende Linie und das Fahrtziel nennen.

Anbindung neu erschlossener Flächen
Bei neuen Baugebieten, Gewerbegebieten oder neu gestalteten Arealen wie HSP-Gelände, Phoenix-West, Hafenquartier u. ä. muss die ÖPNV- und Radanbindung von Beginn an mitgeplant und auch durch Ausbau und Verlängerung von Stadtbahn-Strecken umgesetzt werden (s. auch Kapitel Wirtschaft).

Umrüstung der Fahrzeugflotte auf alternative Antriebe und autonome Systeme
Die Umrüstung der Busse und Bahnen auf emissionsarme Antriebsarten ist Teil der Clean-Vehicle-Richtlinie der EU. Wir setzen uns dafür ein, dass DSW21 umgehend die notwendigen Voraussetzungen zur Umsetzung schafft und zeitnah ein Betriebskonzept zur Anschaffung entsprechender Busse und zur Errichtung der notwendigen Ladekapazität vorlegt. Gemeinsam mit den benachbarten

Verkehrsverbünden sollen langfristig auch Strategien für das autonome Fahren auf Straße und Schiene entwickelt werden. Für uns ist entscheidend, dass eine solche Umstellung in enger Abstimmung mit den Mitarbeitenden und deren Vertretungen erfolgt.

Rückbau des Flughafens
Der Dortmunder Flughafen ist weder ökologisch noch wirtschaftlich vertretbar. Seit dem Ausbau im Jahr 2000 haben die Dortmunder Stadtwerke DSW21 den Flughafen insgesamt mit mehr als 300 Millionen Euro subventioniert, um dessen Verluste auszugleichen. Damit ist die Unterstützung der DSW21 für Fluggäste pro Kopf deutlich höher als für die Nutzer*innen von Bus und Bahn. Denn während die Stadtwerke für jeden Fahrgast im klimafreundlichen ÖPNV nur rund 40 Cent drauflegen, wird jeder Fluggast mit über 6 Euro subventioniert. Neben den wirtschaftlichen Gründen halten wir GRÜNE einen Ausbau des Flughafens auch klimapolitisch für unverantwortlich. Abgesehen von den CO2-Emissionen verursachen Flugzeuge auch in den höheren Schichten der Atmosphäre gravierende Schäden. Zudem ist für die Anwohner*innen eine Verlängerung der Betriebszeiten nicht hinnehmbar. Fluglärm ist Lärm, der in besonderer Weise stresst und Krankheiten verursacht, wie durch Untersuchungen belegt ist.
Wir fordern deshalb den Rückbau des Airports und eine Umnutzung des Flughafengeländes. Dadurch wird der Stadt eine große Freifläche zurückgegeben – und damit die Chance auf eine ökologisch wertvolle nachhaltige Neuentwicklung.

1.5 Regionaler Verkehr

Die hohen Pendler*innenzahlen zeigen, wie wichtig es für Dortmund ist, die verschiedenen Verkehrsmittel des Umweltverbunds ruhrgebietsweit miteinander zu vernetzen. Dazu gehören für uns mehr Mobilitätsstationen, aber auch ein Ticket für alle Verkehrsmittel und möglichst ein Tarif in der gesamten Metropole Ruhr. Außerdem müssen die Nahverkehrspläne der einzelnen Städte aufeinander abgestimmt und Linien über die Stadtgrenzen hinweg ohne Brüche weitergeführt werden. Das regionale Mobilitätskonzept des RVR bietet gute Lösungsansätze für die regionalen Herausforderungen.

Grün wählen für:

Die Überwindung der Tarif- und Stadtgrenzen
Für die Kunden des öffentlichen Verkehrs hat es keine Bedeutung, von welchem Unternehmen sie gefahren werden oder in welchem Verkehrsverbund sie gerade unterwegs sind. Um vor allem tägliche Pendler*innen stärker zum Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel zu motivieren, setzen wir uns dafür ein, dass Kunden in NRW Verbundgrenzen nicht mehr als Tarifgrenzen erleben und durchgehende Verbindungen über Stadtgrenzen hinweg eingerichtet werden. Dafür wollen wir kommunale Verkehrspläne zu einem regionalen Nahverkehrsplan verknüpfen und mit NRW-weiten Tarifen die Mobilität erleichtern.

Den Ausbau der Schieneninfrastruktur
Die schienengebundenen Verkehrssysteme müssen über die Stadtgrenzen hinaus ausgebaut und verdichtet werden. Der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Lünen – Münster mit Modernisierung des Signalsystems gehört ebenso dazu wie die Weiterentwicklung des RRX-Netzes. Die Emschertalbahn als wichtige Ost-West-Verbindung zwischen den Städten des Lippe- und Emscherraums soll durch die Sanierung der Trassen und durch kürzere Verbindungsintervalle wieder attraktiver werden. Um die Akzeptanz der notwendigen Arbeiten zu verbessern, muss über

anstehende Baustellen und den eingerichteten Ersatzverkehr frühzeitig und umfassend informiert werden.

Die Anbindung der regionalen Schnellbusse an das Umland
Da, wo die Anbindung an das Dortmunder Stadtzentrum über den Schienenverkehr langfristig nicht umzusetzen ist, wollen wir den Einsatz regionaler Schnellbusse mit alternativen Antrieben prüfen. So soll der ÖPNV auch für Pendler*innen aus dem Umland attraktiver werden.

2. Energie und Klimaschutz

Nur wenn die Kommunen aktiv dazu beitragen, können wir die Pariser Klimaschutzziele noch erreichen. Die Stadt Dortmund muss mit gutem Beispiel vorangehen. Sie muss zeigen, dass Energiesparen und Energieeffizienz nicht nur gut für das Klima sind, sondern sich auch finanziell rechnen. Bund und Land müssen dafür die notwendigen Rahmenbedingungen setzen, z. B. mit sinnvollen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen, die den Ausbau von erneuerbaren Energien fördern, statt ihn abzuwürgen, mit einfachen Bedingungen für Mieterstrommodelle oder mit mehr Anreizen für eine energetische Sanierung von Bestandsgebäuden.

Das jüngst beschlossene Klimaschutzgesetz bleibt stattdessen weit hinter den Erwartungen zurück, das „Entfesselungspaket“ der schwarz-gelben Landesregierung hat alle zuvor erzielten Regelungen pro Klimaschutz wieder zurückgedreht. Umso wichtiger sind die Anstrengungen, die wir in unserer Stadt unternehmen.
In Dortmund wollen wir den Ausbau der regenerativen Energien voranbringen und unabhängig werden von fossilen Energieträgern. Wir wollen, dass die Stadt schon 2035 klimaneutral wird, nicht erst 2050, und wir wollen, dass die Bürger*innen auf diesem Weg mitgenommen werden.

2.1 Raum für regenerative Energie

Das Potenzial für Windenergie und Photovoltaik (PV) ist in Dortmund noch längst nicht ausgeschöpft. Nach Aussage der Landesregierung auf eine GRÜNE Anfrage werden nur 20,4 Prozent der möglichen Windkraftleistung und nur 2,9 Prozent des Potenzials der Photovoltaik auf Dortmunds Dächern aktuell genutzt. Bei den PV-Freianlagen sind es sogar nur 0,3 Prozent.
Unser Ziel: Den im Quartier verbrauchten Strom auch im Quartier zu erzeugen. Dafür bedarf es eines zielgerichteten Ausbaus der erneuerbaren Energien. Ganze Quartiere könnten ihren Strombedarf mit Photovoltaikanlagen decken und die gleiche Strommenge zusätzlich ins Netz einspeisen. Das sind Ergebnisse der „InnovationCity Ruhr“ in Bottrop, einem Projekt, das sich mit dem klimagerechten Umbau eines industriellgeprägten Stadtquartiers befasst und Modell für alle Ruhrgebietsstädte werden soll.

Grün wählen für:

Mehr Solarenergie für Dortmund
Wir wollen den Ausbau von Photovoltaikanlagen sowohl auf Eigenheimen als auch auf Mietshäusern und gewerblich genutzten Gebäuden weiter forcieren. Wir unterstützen Privatpersonen, Genossenschaften und Mietergemeinschaften, die auf Mieterstrommodelle umsteigen möchten. Ohne weitere Flächenversiegelung ist es so möglich, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten zur Auflage einer Solarsatzung prüfen. Damit wollen wir erreichen, dass auf jedem neu gebauten Gebäude mit entsprechendem Potential eine

Solaranlage errichtet wird. Für Bestandsgebäude wollen wir die DEW21 beauftragen, mit einem Beratungsangebot aktiv auf die Wohnungseigentümer*innen zuzugehen, die laut Solarkataster das Potenzial für Photovoltaik haben, und ihnen einen wirksamen Anreiz zur Errichtung einer Solaranlage geben. Freiflächen-Solaranlagen sollen auf Halden, Altlastenflächen, Konversions- oder Brachflächen sowie entlang von Infrastrukturachsen konzentriert werden.

Grünschnitt und Lebensmittelabfällen für Biomasseanlagen nutzen
Außer für die Nutzung der Abwärme müssen Biomasseanlagen technisch so ausgestattet werden, dass sie flexibel Strom in das Netz einspeisen. Denn als einzige erneuerbare Energie kann Biomasse flexibel auf die fluktuierende Einspeisung von Photovoltaik- und Windenergieanlagen reagieren. Wir wollen deshalb die Errichtung einer Biogasanlage zur Verwertung des Bioabfalls in Dortmund. Den Zukauf und den Transport von Biomasse aus der Massentierhaltung lehnen wir dazu jedoch ab.

Die Förderung von Energiesparen
Die Landesregierung NRW fördert über die NRW.BANK Maßnahmen zur Energieeffizienz. Das Förderprogramm des Landes soll auf kommunaler Ebene unterstützt werden. Wir wollen, dass die Stadt in Kooperation mit der DEW21 einkommensschwache Haushalte zusätzlich mit Gutscheinen beim Tausch alter stromfressender Geräte gegen neue energieeffiziente Geräte unterstützt. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Dogewo21 soll zudem bei energetischen Modernisierungen mit der Verbraucherzentrale NRW zusammenarbeiten, um über den „Basis-Check Energie“ kostenlose Vor-Ort-Beratungen für Mieter*innen zum optimalen Heizen und Lüften zu ermöglichen.

Die Unterstützung von Unternehmen, die benötigte Energie selbst zu produzieren
In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung wollen wir Unternehmen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen oder Nutzung von Wasserstofftechnologien zur Versorgung hochenergetischer Produktionsprozesse aktiv beraten und bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen (s. auch Kapitel Wirtschaft).

Parkplätze in begrünte Solarflächen umwandeln
Städtische Park-&-Ride-Parkplätze oder Parkplätze von Sporthallen und Schwimmbädern, die sich nicht für eine Überbauung mit Wohnungen eignen, bieten die Möglichkeit einer regenerativen energetischen Nutzung. Wir wollen große Stellplatzflächen, die nicht überbaut werden können, in Solarparkplätze mit Dachbegrünung umwandeln. Dabei werden sie mit Photovoltaikanlagen überdacht, die regenerativen Strom für Ladesäulen erzeugen und zugleich Schatten spenden.

Energiekonzepte im Quartier umsetzen
Mit den Instrumenten der Bauleitplanung kann die Kommune festlegen, ob und welche erneuerbare Energieform – z. B. eine solarthermische Wärmeversorgung – an welcher Stelle und in welchem Umfang im Stadtgebiet genutzt werden soll. Wir wollen für die Umsetzung solcher Modelle die rechtlichen Möglichkeiten der Bauordnung ausschöpfen und baugebietsbezogene Energiekonzepte erarbeiten, um den Anteil der erneuerbaren Energien in der Stadt deutlich zu erhöhen.

2.2 Energiewende vor Ort

Wir erreichen unsere Klimaschutzziele nur, wenn wir unsere gesamte Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen und die Energie effizienter und sparsamer verwenden. Die Energiewende ist nicht nur eine Strom-,

sondern gleichzeitig auch eine Mobilitäts- und Wärmewende. Deshalb müssen die einzelnen Bereiche miteinander vernetzt und Aufeinander abgestimmt werden. Dortmund bietet aufgrund seiner hohen Siedlungs- und Industriedichte dafür optimale Voraussetzungen: besonders die Kopplung von Wärme- und Stromproduktion sowie die Auskopplung und auch Nutzung von Wärme aus und für Produktionsprozesse in der Industrie. Projekte, wie die von der DEW21 jetzt angestoßene Umstellung der Dortmunder Wärmeversorgung auf dezentrale Wärmenetze („Innovative Quartierslösungen Nahwärme"), gehen in die richtige Richtung und müssen weitergedacht werden. Auch die Umstellung der Fernwärme von Dampf auf Heißwasser durch die DEW21 hat zum Ziel, ein Wärme-Verbundnetz zu schaffen. Dadurch können 45.000 Tonnen CO2 im Jahr eingespart werden.
Die Stromversorgung der Zukunft soll nicht mehr nur in der Hand einiger weniger Großunternehmen liegen, sondern aus vielen kleinen Stromproduzent*innen bestehen. Die Bürger*innen- und Energiegenossenschaften werden zusammen mit dem kommunalen Energieversorger DEW21 die Energieerzeuger*innen der Zukunft und holen die Wertschöpfung in die Stadt.

Grün wählen für:

100 % DEW21 in städtischer Hand
Wir wollen, dass zukünftig kein börsennotiertes Unternehmen bei der städtischen Energieversorgung mitbestimmt. Die DEW21 muss zu 100 Prozent der Stadt gehören, um den Ausbau der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen voranzutreiben, die energetische Modernisierung des Dortmunder Wohnungsbestands zu fördern, eine wirksame Energieberatung sicherzustellen und bei Neubauvorhaben nachhaltige Energieversorgungskonzepte umzusetzen.
Im Jahr 2015 – 20 Jahre nach Gründung der DEW21 – wurde die Chance zur Kommunalisierung der Energieversorgung nicht genutzt. RWE blieb mit 39,1 Prozent, diesmal sogar unbefristet, an DEW21 beteiligt. Der aktuelle Deal zwischen RWE und EON ermöglicht wegen des Besitzerwechsels der RWE-Anteile die Anwendung der „Change-of-Control-Klausel" (Klausel zur Sonderkündigung). Dies bietet womöglich zum letzten Mal die Möglichkeit, dass die Stadt die Anteile des börsennotierten Partners übernimmt. Über die Zukunft von DEW21 muss eine öffentliche Debatte geführt werden.

Die Beteiligung der Dortmunder*innen an der Energieversorgung
Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien dezentral unter Beteiligung von Bürgerenergiegesellschaften und Energiegenossenschaften gezielt vorantreiben und so Klimaschutz und regionale Wertschöpfung zusammenbringen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Mieter*innenstrommodelle unbürokratisch möglich werden. Auch auf Bundesebene kämpfen wir GRÜNE für die notwendigen gesetzlichen Änderungen, um die Umsetzung solcher Modelle einfacher zu gestalten.
Wir brauchen auch eine grundlegende Stärkung der Windenergie. Dortmund ist eine dicht besiedelte Stadt. Durch die neuen Abstandsregelungen der schwarz-gelben Landesregierung gibt es vor Ort nur noch wenige Flächen, wo der Bau von Windrädern möglich ist. Deshalb wollen wir öffentliche Potenzialflächen zum Ausbau der Windenergie mit Bürger*innenbeteiligung vorhalten und gezielt Projekte unterstützen, die auf bereits versiegelten Flächen (Altlasten, Halden, Deponien) entstehen könnten. Gleiches gilt für Projekte auf Infrastrukturflächen sowie in Gewerbe- und Industriegebieten.

Öffentliche Gelder in nachhaltig handelnde Unternehmen investieren
Dortmund soll keine Gewinne mehr aus klimaschädlichen Finanzanlagen beziehen.

Deshalb fordern wir GRÜNE, dass Verwaltung und städtische Töchter öffentliche Gelder nur in solche Unternehmen investieren, die auf nachhaltige und klimafreundliche Energiegewinnung setzen und sich grundlegenden ethischen Mindeststandards verpflichtet fühlen (Divestment). Dortmund setzt sich mit seinem Handlungsprogramm Klima Luft 2030 für umweltfreundliche Energieerzeugung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz ein. Dazu gehören auch die Finanzanlagen und Beteiligungen der Stadt und ihrer Töchter. Vor diesem Hintergrund fordern wir den Verkauf der RWE-Aktien und den Ausstieg aus der STEAG-Beteiligung.

3. Natur- und Umweltschutz

Die Lebensqualität in unserer Stadt hängt maßgeblich von unserer Umwelt ab. Deshalb treten wir GRÜNE für die Entwicklung und den Erhalt der Grünflächen, der natürlichen und naturnahen Lebensräume im Stadtgebiet und für die naturnahe Gestaltung der Wasserläufe ein. Damit schaffen wir die Grundlagen, um im städtischen Raum das Artensterben zu verlangsamen und aufzuhalten. Wir sorgen für den Schutz der Menschen vor Lärm und Schadstoffen und wir haben den Schutz des Klimas im Blick. Der Klimawandel schreitet immer weiter voran, auch wenn das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens erreicht werden sollte. Deshalb fordern wir neben Klimaschutzmaßnahmen auch gute Klimaanpassungskonzepte.

Wir kämpfen gemeinsam mit den Initiativen gegen den Weiterbau der OW III a/L 663 n, einer Umgehungsstraße quer durch ein Gebiet zwischen Kurl, Brackel, Asseln und Wickede, das der neue Landschaftsplan der Stadt Dortmund als besonders erhaltenswert bezeichnet, weil es einer der wenigen unzerschnittenen und lärmarmen Räume ist und das lokale Klima schützt.

Wir setzen uns für den Erhalt von ökologisch wertvollen Flächen wie Rhader Hof, Wickede-West, Asseln-Süd, Groppenbruch und Buddenacker ein. Sie sollen im Landschaftsplan als Landschaftsschutzgebiete und im Flächennutzungsplan als Freiraum dargestellt werden.

Und wir wollen Naturschutzprojekte weiterentwickeln. Dazu gehören Blühflächen auf Dortmunds Dächern – nicht nur in Hitzeinseln –, in unseren Grünanlagen und am Straßen- und Ackerrand.

3.1 Natur und Arten schützen

Biologische Vielfalt und die Schaffung leistungsfähiger Grünstrukturen zur Reduktion von Feinstaub, zur Kühlung des städtischen Klimas und für eine bessere Versickerung von Regenwasser sind wichtige Funktionen von Grünflächen in der Stadt. Urbanes Grün übernimmt aber auch vielfältige soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Aufgaben und leistet einen zentralen Beitrag für die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität. Insbesondere in den Quartieren, wo Menschen mit geringem Einkommen leben, wo die Verdichtung größer ist, muss in den Aufbau und die Pflege von Grünflächen investiert werden. Dieser soziale Aspekt muss bei der Umsetzung bedacht werden. Dazu bedarf es nicht nur weiterer, verstärkter Aktivitäten im Dortmunder Naturschutz, sondern auch der Festlegung von mehr Wald- und Grünflächen im Flächennutzungsplan.

Grün wählen für:

Wirksame Konzepte zur Klimaanpassung
Starkregen, überflutete Straßen und immer häufiger extrem hohe Temperaturen: Längst hat der Klimawandel Dortmund erreicht. Für den Stadtbezirk Hörde wurde

deshalb ein Konzept mit verschiedenen Maßnahmen zur Klimaanpassung beschlossen. Solche Konzepte müssen für alle anderen Stadtbezirke erarbeitet und schnellstmöglich umgesetzt werden.

Die Erhaltung siedlungsnaher Freiräume
Freiflächen dienen nicht nur Menschen als Erholungsraum, sondern sind wichtige Lebensstätten für Tiere und Pflanzen. Der Erhalt von Freiflächen wie Wickede-Westoder Rhader Hof ist ein wichtiger weicher Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität der Stadt. Zusätzliche Bauflächen sollen deshalb möglichst auf ehemals genutzten Brachflächen realisiert werden. Naturnahe Freiräume sollen unter Berücksichtigung des Naturschutzes für die Menschen nutzbar und als Erholungsräume möglichst fußläufig erreichbar sein.

Die Vernetzung und den Ausbau unserer Grünzüge
Dafür werden wir den Schutz zusammenhängender Freiräume vorantreiben und den Biotopverbund erhalten und stärken. Dazu gehört auch, Flächen für den Naturschutz zu reservieren und Teilflächen sich selbst zu überlassen. Verbundkorridore zwischen den Naturschutzgebieten müssen zudem räumlich verbindlich definiert und in den Landschaftsplan aufgenommen werden.

Den Erhalt der biologischen Vielfalt
Auf GRÜNEN Antrag hin, wurde für Dortmund die Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie beschlossen. Damit wollen wir die Ziele der Kommunen für biologische Vielfalt, deren Gründungsmitglied Dortmund ist, vorantreiben. Vor dem Hintergrund des massiven Rückgangs von Insekten und der daraus resultierenden abnehmenden Vielfalt bei Vögeln müssen umgehend wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um mehr Flächen naturverträglich zu nutzen. Dazu gehört unter anderem der vollständige Verzicht auf Pestizide, der Erhalt von Hecken, Natursteinmauern und Gehölzen sowie die Neuanlage von Kleingewässern. Das Verbot von Glyphosat auf städtischen Flächen und der Beschluss gegen Schottergärten in Neubaugebieten – beides Grüne Erfolge – sind ein Anfang. Doch das Thema muss auch im Landschaftsplan, der aktuell neu aufgestellt wird, verstärkt berücksichtigt werden.

Die Forderung nach einem ökologischen Grünflächenkonzept
Wir wollen die Artenvielfalt von Flora und Fauna in der Stadt fördern. Dortmund wendet bereits für 30 Prozent der öffentlichen Wiesenflächen ein ökologisches und die Artenvielfalt steigerndes Pflegeprogramm an. Das neue Grünflächenamt soll in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden – analog zum „Label Stadtgrün“ – auch für städtische Flächen im Siedlungs- und Straßenraum ein naturnahes Grünflächenkonzept aufstellen. Dazu gehören neben Erhalt und Ausbau zusammenhängender Grünzüge und artenreicher Wildblumenwiesen auch mehr Streuobstwiesen und naturnahe Parkanlagen. Mit privaten Gartenbesitzer*innen und mit dem Verband der Kleingartendaueranlagen wollen wir in einen Dialog kommen und in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt Beratungsangebote zur ökologischen Gartengestaltung auflegen.

3.2 Naturschutz ist Klimaschutz

Unsere Ziele sind der Erhalt und der Ausbau von Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie mehr Grün in der Stadt durch viele unterschiedliche Maßnahmen: grüne Inseln im Straßenraum, an Gebäuden und in

Höfen, begrünte Dächer und Parkplätze in Gewerbegebieten, Fassadenbegrünung und mehr Bäume in den Straßen.

Grün wählen für:

Den Erhalt und die Erweiterung der vorhandenen Frischluftschneisen
Die Hitzesommer der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig eine gute Belüftung der Stadt ist. Dichte Bebauung, versiegelte Flächen, eine fehlende Durchgrünung sowie Abgase oder Abwärme erhöhen die Schadstoffe in der Luft.
Frischluftkorridore sind deshalb für das Stadtklima und die Gesundheit der Menschen besonders wichtig. Bei Bauvorhaben muss deshalb der Erhalt von Belüftungsschneisen berücksichtigt werden.

Kein Weiterbau der OW III a/L 663
Wir wollen lärmarme und ungeteilte Landschaftsräume erhalten und vor weiteren Zerschneidungen durch Umgehungsstraßen schützen. Das gilt insbesondere für das Planungsgebiet der OW III a, das vom Umweltamt als wertvoll eingestuft und im Umweltplan der Stadt als Fläche mit der geringsten Belastung durch Straßenverkehrslärm ausgewiesen ist.

Mehr Bäume für unsere Stadt
Die Pflanzung standortgerechter und an den Klimawandel anpassungsfähiger Laubbäume ist eine effektive Maßnahme zur Begrünung von Straßen und kommunalen Grünflächen. Bäume spenden Schatten, bieten Nistplätze für Vögel und tragen durch ihre Fähigkeit zur CO2-Bindung entscheidend zur Verbesserung des Klimas bei. Deshalb wollen wir die Zahl der Bäume in der Innenstadt erhöhen. Durch die Umgestaltung des Straßenraums und zusätzliche Standorte für Baumscheiben sollen zukünftig deutlich mehr Bäume Platz finden.

Die Förderung von Fassaden-, Dach- und Gartenbegrünung
Begrünte Flächen sollen nicht nur in Hitzeinseln auf Dächern geplant werden, sondern in allen Bereichen der Stadt, auch in Gewerbegebieten.
Hausbesitzer*innen wollen wir mit einer Informationskampagne von der energiesparenden und klimaschützenden Begrünung der Dächer oder Fassaden ihrer Häuser überzeugen. In Neubaugebieten sollen Gründächer im Sinne der Klimafolgeanpassung grundsätzlich verbindlich werden, um für eine bessere Versickerung des Regenwassers und zur Verbesserung des Mikroklimas zu sorgen.

Mehr naturpädagogische Initiativen
Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen die Natur vor der Haustür erfahren können, um einen positiven Bezug zu ihrem Erhalt zu gewinnen. Neben dem auf GRÜNE Initiative hin beschlossenen Schulgärtenprogramm und dem Schulbiologischen Zentrum setzen wir uns für weitere Angebote zur Nachhaltigkeitsbildung ein (s. auch Kapitel Bildung).

Den Ausbau von Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekten
Urbane Gärten werden wir in ihren wichtigen gemeinnützigen, sozialen und ökologischen Funktionen stärken. Wir unterstützen Initiativen, die ungenutzte Orte als Bürger*innengärten gestalten möchten. Die Beratung zu möglichen Flächen und Hilfestellungen für Bürger*innen bei der Koordination und Einrichtung von Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekten sollen Bestandteil von Quartiersmanagement sein.
Die Rückkehr der Nutzgärten in die Stadt liegt uns am Herzen. Wir unterstützen deshalb Projekte wie die „UrbanOase" im Unionviertel und Permakultursysteme wie

den UmweltKulturpark in Dortmund-Barop. Dazu gehört aber auch die Förderung kleinräumiger, landwirtschaftlich genutzter Flächen wie die SoLawi, Kleingärten und Grabeland.

Die Begrünung von Gewerbegebieten und Gewerbeflächen
Gewerbeflächen bieten große Potenziale für eine ökologische Aufwertung. Durch eine naturnahe Gestaltung des Firmengeländes lassen sich Bereiche mit einer hohen Aufenthaltsqualität für Mitarbeitende und zur Verbesserung des Stadtklimas schaffen. Zusätzliche Baum- und Heckenpflanzungen filtern Luftschadstoffe, insektenfreundliche Beleuchtung kann die Lichtverschmutzung minimieren, Fassadenbegrünung den Energieverbrauch senken. Die Anlage von Grünzügen innerhalb von Gewerbegebieten eröffnet zudem die Möglichkeit, die entsprechenden Maßnahmen in ein gesamtstädtisches Grünordnungskonzept einzubinden. Unternehmen, die ihre Gewerbeflächen und Gebäude zum Beispiel durch den Bau von Anlagen zur Rückhaltung bzw. zur Versickerung von Niederschlagswasser aufwerten, wollen wir unterstützen. Sie können bei den Kosten für die Abwassergebühr entlastet werden. Ein*e im Umweltamt angesiedelte Gewerbegebietsmanager*in kann Unternehmen über die Veränderungsmöglichkeiten in Richtung Nachhaltigkeit beraten sowie Lösungen zusammen mit den Fachämtern der Verwaltung entwickeln.

Nachhaltige Forstwirtschaft
Wir wollen eine Forstwirtschaft, die sich stärker an „natürlichen Waldgesellschaften“ orientiert, damit auch unsere Wirtschaftswälder anpassungs- und widerstandsfähiger werden. Dazu gehört, dass sich heimische Baumarten durch natürliche Aussaat vermehren können und mehr Altbäume an unbedenklichen Standorten erhalten bleiben. Um die biologische Vielfalt im Wald zu fördern, ist die Fläche zu erweitern, auf der Totholz als Lebensraum zahlloser Insekten und Pilze im Wald belassen wird. Der „Urwald-Anteil“ im städtischen Wald muss deshalb auf mindestens 10 Prozent erhöht werden.
Besondere Belastungen des forstwirtschaftlich genutzten Waldes durch Hitzeschäden müssen bei anstehender Holzentnahme und im Betriebsplan frühzeitig Berücksichtigung finden. Ebenso sollen möglichstbodenschonende Ernteverfahren genutzt werden. In diesem Sinne ist unter Einbeziehung der Naturschutzverbände und der Öffentlichkeit das Waldpflegekonzept der Stadt von 1993 zu überarbeiten.

Nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft
Die landwirtschaftlichen Flächen in Dortmund haben sich seit 1950 fast halbiert. Die verbliebenen Flächen sind aus Gründen des Landschaftsschutzes und der Nahversorgung mit Nahrungsmitteln unbedingt zu erhalten. Die Stadt als Verpächterin des größten Teils der landwirtschaftlichen Flächen muss mit langfristigen Pachtverträgen die Umstellung auf Ökolandwirtschaft fördern. Insbesondere in Randbereichen von Naturschutzgebieten müssen aber schon jetzt Ackerrandstreifen als ökologisch bewirtschaftete Pufferzonen verbindlich werden und das bisher auf städtische Flächen beschränkte Glyphosatverbot muss auf alle landwirtschaftlichen Flächen ausgeweitet werden.
Landwirtschaftliche Flächennutzung darf nicht als Zwischenlösung auf dem Weg zur Nutzung für Wohn- und Gewerbebebauung verstanden werden. Sie ist ein wichtiger Teil regionaler Lebensmittelproduktion und -versorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass Produkte regional vermarktet werden, beispielsweise auf den Dortmunder Wochenmärkten. Außerdem wollen wir regionale Vertriebsstrukturen wie das Ökonetzwerk Dortmund oder Ernährungsräte fördern.

3.3 Umweltschutz für jede*n

Die Umwelt, in der wir leben, wird durch unser Verhalten beeinflusst. Ob Wasserqualität, Lärm- und Luftbelastung oder auch der zunehmende (Plastik-)Müll: Wir können auch als Einzelne etwas dafür tun, dass die Belastungen in unserem direkten Umfeld geringer werden, indem wir zum Beispiel nicht verbrauchte Medikamente in die Apotheke bringen oder auch beim Coffee-to-go auf Mehrweg setzen.

Grün wählen für:

Den Schutz von sauberem Wasser
Nach Angaben des Umweltbundesamtes gelangen Schwermetalle, Medikamentenrückstände und auch Mikroplastik verstärkt über das kommunale Abwasser in unsere Flüsse und Gewässer. Das Trinkwasser in Dortmund hat eine sehr gute Qualität, dies muss auch für das Abwasser gewährleistet sein. Wir setzen uns im Sinne des Vorsorgeprinzips für eine bessere Aufklärung von Landwirt*innen und Verbraucher*innen ein.
Die Einführung der 4. Reinigungsstufe soll in allen städtischen Kläranlagen erfolgen. Um gegen illegale Abwassereinleitungen vorzugehen, fordern wir – in Zusammenarbeit mit der Emschergenossenschaft – mehr Kontrollen für die renaturierten Bäche.

Die Reduzierung von Müll in der Stadt
Wir produzieren immer mehr Müll, nicht nur global, sondern auch in Dortmund. Deshalb haben wir uns schon vor langer Zeit für Pfandsysteme bei Großveranstaltungen in der Stadt eingesetzt. Auch für die Einführung eines stadtweiten Mehrwegsystems für Coffee-to-go-Becher haben wir uns stark gemacht. Ein Konzept dafür ist die Verwaltung allerdings weiterhin schuldig.
Zudem wollen wir ein regelmäßiges Angebot für eine kostenlose die Sperrmüll-Entsorgung, damit weniger Müll illegal in der Stadt oder in der Natur entsorgt wird. Dies wurde bisher von der Mehrheit im Rat immer wieder abgelehnt.
Pfandringe und -kästen in öffentlichen Parkanlagen sowie die Installation von sog. Ballot Bins (Aschenbechern für Zigarettenstummel) sind ergänzende Maßnahmen.

Reduzierung von Feuerwerken und die Ausweitung von Feuerwerksfreien Zonen
Dortmund hat schon jetzt Bereiche am Hauptbahnhof und auf dem Westenhellweg an Silvester zur feuerwerksfreien Zone erklärt, um die Sicherheit für Besucher und Besucherinnen der Dortmunder Innenstadt zu erhöhen. Wir setzen uns für die Ausweitung dieser Zonen auf besonders sensible Bereiche der Stadt, wie zum Beispiel den Zoo, ein. Insgesamt sollen zukünftig weniger Feuerwerke stattfinden, sowohl im Sinne des Tierschutzes als auch zur Reduzierung der CO2- und Feinstaubbelastung.

4. Tierschutz

Seit 2002 steht der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz. Dennoch spielt Tierschutz gerade in der Kommunalpolitik oft eine nachrangige Rolle. Das hat sich auch in der langjährigen Diskussion um eine Katzenschutzverordnung gezeigt, die inzwischen dank der Hartnäckigkeit von Tier- und Katzenschutzvereinen mit unserer Unterstützung eingeführt worden ist. Wir wollen in Dortmund den Schutz von Nutztieren sowie von Wild- und Haustieren stärken.

Grün wählen für:

Rettet die Insekten - Lebensraum schützen
Der Lebensraum von Wildtieren, insbesondere von Vögeln und Insekten, wird auch in Dortmund immer kleiner. Auch in Dortmund sind Tier- und Pflanzenarten bereits in ihrem Bestand deutlich zurückgegangen. Besonders Insekten sind davon stark betroffen. Dieser Rückgang geht einher mit dem Rückgang blühender Wiesen und anderer natürlicher Lebensräume, die Insekten für Nahrung und Fortpflanzung benötigen. Darunter leiden auch alle Insektenfresser, allen voran viele Vogelarten.Dieser Rückgang ist ein Verlust unserer Lebensqualität und eine konkrete Gefahr fürunsere Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, den Rückgang der Arten mit geeigneten Maßnahmen aufzuhalten. Auf städtischen Flächen wollen wir einen vogel- und insektenfreundlichen Gartenbau stärken.

Artenschutzfachliche Berater*innen
Viele Flächen sind von Baumaßnahmen bedroht, gerade auch durch dringend notwendigenWohnungsbau. Das führt zu weiterem Verlust notwendiger Flächen für die Artenvielfalt. Wir wollen künftig bei städtebaulichen Wettbewerben artenschutzfachliche Berater*innen hinzuziehen, um bei der Neugestaltung von städtischen Flächen auch den Tierschutz angemessen zu berücksichtigen.

Dortmunder Zoo
Im Dortmunder Zoo setzen wir auf eine artgerechte Haltung aller Tierarten. Im Rahmen der Bildungsaufgabe des Zoos wollen wir Tierschutz, Biodiversität und Artenschutz stärken.

Dortmunder Tierschutzzentrum
Über 1.000 Tiere werden jährlich im Dortmunder Tierschutzzentrum / Tierheim aufgenommen. Viele Tiere werden gefunden, aber nicht wieder abgeholt. Steigend ist die Zahl von Tieren, die zur Notpflege abgegeben werden, sowie die Zahl der Welpen,die illegal im Ausland gekauft wurden. Sie haben oft keine Impfungen oder ungültige Gesundheitszertifikate und müssen aus tierseuchenrechtlichen Gründen in Quarantäne genommen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Tierheim ein tragfähiges Konzept bekommt, das auf die stetig wachsenden Herausforderungen wie die Zunahme der Abgabetiere und den Welpenhandel besser reagieren kann.

Wildtiere schützen
Wildtiere gehören nicht in die Zirkusmanege, denn sie stellen besonders hohe Ansprüche an ihre Haltung und Unterbringung. In einem Zirkusunternehmen ist eine verantwortbare Haltung von Wildtieren grundsätzlich nicht möglich. In Deutschland sind Elefanten, Tiger, Bären und viele andere Wildtiere weiterhin gezwungen, fragwürdige Kunststücke in der Manege vorzuführen – ein unhaltbarer Zustand, den andere Länder längst verändert haben. Wir setzen uns für kommunale Regelungen ein, damit Zirkusse in Dortmund künftig nur wildtierfreie Shows zeigen.

Keine Werbung für Trophäenjagden
Legale Trophäenjagden sind ein wesentlicher Faktor für den Rückgang bestimmter Wildtierarten. Selbst die Tötung bedrohter und international geschützter Arten wie Löwen, Leoparden, Eisbären, Nashörner oder Elefanten ist Teil solcher Angebote. Allein in Afrika erlegen 18.000 Großwildjäger aus dem Ausland jedes Jahr über 100.000 Wildtiere und reduzieren damit die Tierwelt in erheblichem Ausmaß. Wir unterstützen das Anliegen von Tierschutzorganisationen, zukünftig auf der Messe „Jagd & Hund“ oder bei anderen Messeprogrammen in den Westfalenhallen keine Anbieter mehr von Trophäenjagden zuzulassen.

Kommunale/r Tierschutzbeauftragte/r

Um den Tierschutz in Dortmund weiter zu stärken und die Arbeit der im Tierschutz tätigen Organisationen und Behörden besser zu vernetzen, setzen wir uns für die Ernennung eines/einer Tierschutzbeauftragten ein. Der/Die Tierschutzbeauftragte steht außerdem in Tierschutzfragen als Ansprechpartner*in für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung und soll durch gezielte Informations- und Aufklärungskampagnen mehr Bewusstsein für die Bedeutung des Tierschutzes schaffen.